



Die Zahl der betagten Menschen steigt rasant. Für Kommunen und Kreis ist das eine große Herausforderung.

FOTO: ZENOH(STOCK.ADOBE.COM)

## „Der Kreis sollte zum Vorbild werden“

**BZ-INTERVIEW** mit Franz-Josef Winterhalter, der im Namen der Freien Wähler den Antrag stellt, ein Zukunftsforum einzurichten

**BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD.** Nicht nur an morgen denken, sondern weit darüber hinaus: Das möchten die Freien Wähler im Kreistag. Sie beantragen die Einrichtung eines Zukunftsforums. Kathrin Blum wollte von Fraktionschef Franz-Josef Winterhalter wissen, welche Ziele die Freien Wähler im Blick haben und warum ihnen das Tagesgeschäft nicht genügt.

**BZ:** Trotz florierender Wirtschaft und sprudelnder Steuern konnte der Landkreis seine finanzielle Situation in den vergangenen Jahren nicht verbessern. Und jetzt?

**Winterhalter:** Es stimmt: Der Kreis steht finanziell mit dem Rücken zur Wand, die Schuldenlast ist weiter gewachsen. Trotzdem müssen wir die Zeit des Niedrigzins nutzen, um langfristige Ziele in allen wichtigen Bereichen des täglichen Lebens zu verfolgen und die Grundversorgung zu sichern.

**BZ:** Als ehemaliger Bürgermeister schießen Sie vermutlich nicht auf die Erhöhung der Kreisumlage, um das zu finanzieren.

**Winterhalter:** Nein, da können wir wenig drehen, denn letztlich fällt das dem Kreis auf die Füße. Kreis und Kommunen sind wie siamesische Zwillinge. Man darf sie auf keinen Fall gegeneinander ausspielen.

**BZ:** Wie erklären Sie den Kreisbewohnern die finanzielle Misere?

**Winterhalter:** Es gibt mehrere Bausteine. Nehmen wir die 30 Millionen Euro, die wir an offenen Forderungen für die Flüchtlingsunterbringung haben: Wir wissen nicht, wann wir dieses Geld vom Land Baden-Württemberg bekommen – und ob überhaupt. Wir müssen das mit mehr Nachdruck zurückfordern. Das ist eigentlich ein Skandal. Dann die Kostenexplosion beim Ausbau des ÖPNV. Das müssen wir schlucken, wir können nicht mehr aussteigen.

**BZ:** Viele Pendler profitieren vom Ausbau der Breisgau-S-Bahn. Alternativen oder zusätzliche Angebote hingegen sind kaum ein Thema.

**Winterhalter:** Was die Mobilität angeht, wurde tatsächlich vor allem in die Hauptachsen investiert. Das ist gut, aber nicht ausreichend. Mobilität muss umfassender gedacht werden. Nachholbedarf sehen wir beim Car-Sharing, bei Ruftaxis oder Mitfahrpunkten, also bei integralen Verkehrskonzepten. Mehr Busse bedeutet nicht zwangsläufig bessere und kostengünstige Mobilität. Wir müssen voranschaulender denken sowie planen und dadurch die Mobilität auf Dauer sichern. Die Aufgabe des Kreises sehe ich hier darin, innovative Konzepte zusammenzuführen. Der RVF müsste sich dieses Themas dringend annehmen, der Kreis es wieder um vorantreiben.

**BZ:** Wie in vielen anderen Bereichen auch, wird das fehlende Engagement verantwortlich gemacht. Und die Kosten steigen nicht nur im Nahverkehr, sondern auch im Sozialbereich. Ein Ende ist nicht in Sicht.

**Winterhalter:** Das liegt auch an der demografischen Entwicklung. Immer mehr Menschen können die Pflegeleistungen nicht mehr aus eigener Tasche bezahlen. Wir müssen Unterstützungsleistungen schaffen. Da ist viel zu wenig gemacht worden in der Vergangenheit.

**BZ:** Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden?

**Winterhalter:** Wir plädieren für dezentrale Versorgungsstrukturen. Wir wollen keine großen, von Investoren getragenen Pflegezentren, sondern dezentrale Strukturen, unter Einbindung des Ehrenamts

und nach dem Vorbild der skandinavischen Länder. Der Kreis hat hier eine Initiatorfunktion. Es wird höchste Zeit, dass der Altenpflegeplan fortgeschrieben wird. Die letzte grundlegende Anpassung liegt fast 15 Jahre zurück.

**BZ:** Um welche Punkte geht es Ihnen darüber hinaus, wenn Sie an ein Zukunftsforum denken?

**Winterhalter:** Beispielsweise um die Notfallversorgung, die wir flächendeckend hinbekommen müssen – was nur gelingen kann, wenn Stadt und Landkreis ein gemeinsames Konzept erarbeiten.

**BZ:** In Ihrem Antrag zur Einrichtung eines Zukunftsforums ist die Rede davon, dass Sie die Kreisbewohner und die Kreisräte stärker und früher einbinden möchten. Das könnte man so verstehen, dass sie bislang häufig ausgeschlossen wurden.

**Winterhalter:** In manchen Bereichen ist das sicherlich der Fall. In die Diskussion um die Finanzierung des zukünftigen Landratsamts-Gebäudes wurden wir bisher nicht einbezogen. Wir haben da nämlich durchaus Ideen, statt nur an Investoren zu denken. So könnte beispielsweise eine Verwaltungsbau-genossenschaft gegründet

werden, die die Finanzierung stemmt, ohne dass der Kreis durch neue Kredite finanziell belastet wird. Bauen statt mieten wir langfristig für die finanziell deutlich günstigere Lösung. Und auch die Standortfrage muss neu aufgesetzt werden. Raus aus der Stadt ist nicht eine Notlösung wegen der Grundstücksprobleme, sondern könnte auch Teil einer offensiven Strukturplanung zur Stärkung des Ländlichen Raums sein. Die Digitalisierung schafft gute Kommunikation, ohne dass alles zentral ist.

**BZ:** Ihre Kritik klingt, als fühlten Sie sich bevormundet.

**Winterhalter:** Ja, im Sinne, dass man uns nicht frühzeitig genug in grundlegende Überlegungen einbindet. Man informiert uns über das Ergebnis, lässt uns aber nicht ausreichend an der Findung desselben teilhaben – dabei ist doch genau das unser Auftrag als politische Vertretung der Kreisbewohner. Gut, vielleicht haben wir das auch zu wenig eingefordert. Ich denke, dass es keine bewusste Ausgrenzung ist, sondern Gewohnheit. Dennoch ist jetzt die Zeit, das einzufordern. Auch das ist ein Grund für unseren Wunsch nach einem Zukunftsforum.

**BZ:** Wie stellen Sie sich ein solches konkret vor?

**Winterhalter:** Neben Kreistagsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern sollten darin auch externe Experten, erfahrene Bürger und Betroffene mitarbeiten. Wir wünschen uns, dass da offensiv diskutiert, ja auch mal gestritten wird. Und natürlich wünschen wir uns mutige, innovative Konzepte.

**BZ:** Die SPD hat im Vorfeld der Kommunalwahl den Wunsch nach einem Ausschuss für Ländlichen Raum geäußert. Ist Ihr Zukunftsforum nicht dasselbe mit einem anderen Namen?

**Winterhalter:** Im Ansatz ist ein solcher Ausschuss gut, aber die Thematik muss weitergedacht werden. Es geht nicht um Tagespolitik, sondern um langfristige Perspektiven, die dann Grundlage konkreter Entscheidungen sind. Es braucht gute Lösungen und tragfähige Konzepte, eben beispielsweise für die Versorgung älterer Menschen. Was uns mit dem Zukunftsforum vorschwebt, geht weit über den Vorschlag der SPD hinaus.

**BZ:** Gibt es Landkreise, die als Vorbild dienen und eine vergleichbare Institution bereits haben?

**Winterhalter:** Nicht direkt. Es gibt Landkreise, die in einzelnen Punkten spitze sind. Beim ÖPNV denke ich da an den Odenwaldkreis, der ein ganzheitliches Mobilitätskonzept entwickelt. Dieses sieht vor, dass es möglich ist, mit öffentlichen Verkehrsmitteln in 20 Minuten von A nach B zu kommen. In unserem Landkreis wäre es schon schön, es würden alle schaffen, in einer Stunde bis zum Landratsamt zu kommen! Ansonsten sollten wir, der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, im einen oder anderen Bereich zum Vorbild werden.

**BZ:** An welche Bereiche denken Sie?

**Winterhalter:** Etwa in Sachen Verwaltungsdigitalisierung. Oder auch im Bereich Mobilität. Wir müssen die Park-and-ride-Plätze besser verknüpfen, Rad-schnellwege, private Mobilität mit öffentlicher Mobilität verknüpfen und bei alledem eng mit der Stadt Freiburg zusammenarbeiten. Der Kreis hat eine Koordinierungsaufgabe mit Blick auf die Kommunen – nicht nur bei der Mobilität, auch in Sachen Landwirtschaft, Klimaschutz und Pflege. Das Landratsamt sollte nicht nur ein Verwaltungsorgan sein, sondern auch ein Gestaltungsorgan. Der Kreis ist das Dach, unter dem die Kommunen gemeinsame Ziele verfolgen. Es reicht nicht, lokal zu denken, wir müssen die Region als Ganzes begreifen.

**Franz-Josef Winterhalter** ist seit 30 Jahren Kreisrat, seit 15 Jahren führt er die Fraktion der Freien Wähler im Kreistag an. Der 70-Jährige war 24 Jahre lang, bis 2013, Bürgermeister der Gemeinde Oberried.



Digitalisierung und Mobilität sind zwei wichtige Themen, die den Kreistag verstärkt beschäftigen werden.



FOTOS: FELIX KÄSTLE (DPA)/JONAS HIRT